

KURZ UND PRÄGNANT

Suspendierung des LKA-Präsidenten

Gemeinsame Presseerklärung der Obleute der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zeugenvernehmung vom 9. Januar 2014 im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss zum Vorwurf, der jetzige Präsident des Landeskriminalamtes, Werner Jakstat, habe im Juni 2003 die Anweisung erteilt, Hinweisen zum Aufenthalt von Uwe Böhnhardt nicht weiter nachzugehen.

Hierzu erklären Katharina König (DIE LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Vernehmungen des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses am 9.1.2014 bedeuten eine Zäsur in unserer Arbeit.

1. Erstmals bestätigte ein Zeuge eine Aufforderung, Fahndungsmaßnahmen nach dem Trio gezielt zu unterlassen. Das hat uns erschüttert.

2. Mit den aus unserer Sicht glaubwürdigen Aussagen dieses Zeugen konfrontiert, haben weitere Zeugen und auch Herr Jakstat selbst dieser Aussage nicht ausdrücklich widersprochen, sondern vorherige eigene Aussagen dahingehend abgeschwächt, dass man sich selbst nicht an einen solchen Vorgang erinnern könne. Damit steht nun der Vorwurf im Raum, der heutige Präsident des Landeskriminalamtes (LKA) habe die gebotenen Ermittlungsmaßnahmen nicht gewollt.

3. In seiner Vernehmung hat der Zeuge Jakstat angegeben, dass Innenminister Geibert auf einer Mitarbeiterversammlung den Beitrag der Sendung Report-Mainz zum Anlass genommen habe, „entsprechende Worte“ zur Verurteilung des Informanten der Medien zu finden.

4. Wir sehen es als vordringliche Aufgabe des Innenministers an, zur Aufklärung eines so schwerwiegenden Sachverhalts beizutragen. Das vom Zeugen Jakstat geschilderte Vorgehen in der Mitarbeiterversammlung war kein Beitrag zur Aufklärung. Er war aus unserer Sicht lediglich dazu geeignet, eventuelle Zeugen des in dem Beitrag von Report Mainz geschilderten Vorgangs davon abzuhalten, sich zu erinnern.

5. Wir erwarten von Innenminister Geibert eine Suspendierung des LKA-Präsidenten von seinem Amt, solange der Vorwurf der Aufforderung zur Nichtverfolgung von Ansätzen zur Ermittlung des Aufenthalts von Uwe Böhnhardt im Juni 2003 nicht widerlegt wird. ■

Falscher Korpsgeist

Staatsversagen und Kumpanei nicht nur im Verfassungsschutz, auch bei Polizeiführung

Mit großer Intensität wurden am 8. Januar fast ins Inflationäre gehend „dienstliche Erklärungen“ von Polizisten medienwirksam veröffentlicht, die den LKA-Präsidenten Jakstat von dem ungeheuerlichen Verdacht befreien sollten, dass er Anweisung gegeben habe, im Umfeld des braunen NSU-Terrors die gesuchten Straftäter nicht zu ermitteln bzw. dingfest zu machen. Die dienstlichen Erklärungen sagen aber nur, dass der jeweilige Polizist eine solche Anweisung nicht bekommen hätte oder, dass man sich eine solche Anweisung nicht vorstellen könne.

Das ARD-Politmagazin „Report Mainz“ hatte davon berichtet, dass Jakstat im Jahr 2003 die Fahndung nach Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe faktisch verhindert habe. Ein Thüringer Polizeizeuge hatte angegeben, dass Jakstat gesagt haben soll, „fahrt mal raus, damit keiner sagen kann, wir hätten gar nichts gemacht“, und weiter soll er dann ausgeführt haben: „kriegen Sie da nichts raus“. In der Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses am 9. Januar, in welcher mehrere Polizeibeamte dazu gehört wurden, bestätigte Marco Grossa, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Thüringen, dass es einen entsprechenden Anruf des damaligen Präsidenten des LKA, Werner Jakstat, gegeben habe. Er selber hätte diesen entgegengenommen.

Innerhalb nur weniger Tage gibt es in Thüringer Untersuchungsausschüssen vergleichbare Vorwürfe gegen führen-

de Thüringer Polizeibeamte. Auch im Trinkaus-Untersuchungsausschuss führte ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter aus, dass er die Anweisung seines Vize-Präsidenten hatte, eine Straftat nicht einmal schriftlich festhalten zu sollen bzw. den Straftäter, der ihm bekannt gemacht wurde, nicht namentlich zu benennen. Die Weisung will er von dem heutigen Leiter der Thüringer

Bodo Ramelow und Pressesprecherin Diana Glöckner bei der Pressekonferenz am 3. Januar zur Arbeit des Untersuchungsausschusses „V-Leute gegen Abgeordnete“, der ein Jahr zuvor im Thüringer Landtag auf Antrag der LINKEN Abgeordneten eingesetzt wurde.



Polizeischule erhalten haben. Wegen dieser Wendungen hatte sich Ende Dezember die Landesregierung entschlossen, in die juristische Offensive zu gehen und die einschlägigen Akten an die Staatsanwaltschaft zu übergeben. Der Betreff, unter dem diese Anzeige geführt wird, lautet: „Strafverteilung im Amt“ (501 JS 40287/13).

„Offensichtlich führt das penetrante Nachfragen der Abgeordneten zu immer neuen Erkenntnissen über Staatsversagen und Kumpanei“, sagte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, Obmann der LINKEN im so genannten

Trinkaus-Untersuchungsausschuss. Nach der plötzlichen Wendung und den belastenden Aussagen gegen den LKA-Präsidenten Jakstat scheint es dringend geboten, dass die Staatsanwaltschaft Erfurt mit ausreichendem Personal selbst an den Sitzungen der Untersuchungsausschüsse teilnimmt, schlägt Ramelow vor. Die politischen Konsequenzen aus den Erkenntnissen

der beiden Untersuchungsausschüsse sind aber, dass nicht nur der Verfassungsschutz abgeschafft gehört, sondern in der Polizei mit einer Haltung aufgehört werden muss, die Ramelow als „falsch verstandenen Korpsgeist“ brandmarkte.

Reflexartig fordert man von den Beamten offensichtlich dienstliche Erklärungen an, die dann als Persilschein der Öffentlichkeit präsentiert werden. „Neben der dringend notwendigen Aufarbeitung ist auch ein spürbarer Neustart in der Polizeiführung längst überfällig“, betonte der LINKE-Politiker. ■

Proteste für einen Winterabschiebestopp

Die Vernetzung der Thüringer Bündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts und der Flüchtlingsrat Thüringen hatten bei einer Solidaritätsaktion am Rande der Landtagssitzung am 18. Dezember in Erfurt den Thüringer Innenminister Jörg Geibert aufgefordert, mindestens für die Wintermonate einen Abschiebestopp für Roma zu erlassen.

Im Aufruf, unterstützt auch von der LINKEN im Landtag, heißt es u.a.: „In einer Zeit, in der nicht nur ‚besorgte Bürgerinnen und Bürger‘, sondern auch Medien und Poli-

Gesicht zu zeigen.“ Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, kritisierte, es sei völlig unverständlich, dass der Innenminister nicht – wie im letzten Jahr – Angehörigen der Roma, Ashkali und Ägypterinnen und Ägypter aus den Balkanstaaten wenig-



tik mit Begriffen wie ‚Asylmissbrauch‘, ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, ‚Asylflut‘, ‚Zustrom‘ oder ‚Flüchtlingswelle‘ rassistische Einstellungen bedienen und zur weiteren Diskreditierung von Geflüchteten beitragen und verkennen, dass sich niemand ohne Grund auf die Flucht begibt, in dieser Zeit ist es wichtig, für ein menschliches Miteinander

stens über die Wintermonate Schutz gewähre. Die Motivation für die Verweigerung erschließe sich auch nicht durch den Verweis, dass die meisten Bundesländer so agieren würden. Ebenso wenig könne aus menschenrechtlicher Sicht die Kapazität im Aufnahme- und Unterbringungslager in Eisenberg ein Argument sein.

Eine krude Mischung aus Abwehrhaltung und Asylmissbrauchsvorwürfen, vorgetäuschem Wohlwollen und scheinbarem Integrationswillen, Nützlichkeitssenden, Nachplappern von bereits im Koalitionsvertrag Beschlossenem und schlichten Halb- oder Unwahrheiten legte Innenminister Jörg Geibert nach Ansicht der LINKEN mit seinen Aussagen zur Asylpolitik in der TLZ (Ausgabe v. 21.12.) vor. „Und das direkt nach der von CDU-Seite rassistisch geprägten Debatte um einen Winterabschiebestopp“, betonte Sabine Berninger.

Für einen Skandal hatte die Abgeordnete Gudrun Holbe (CDU) gesorgt, die zu rassistischen Stereotypen über die vermeintliche Lebensweise der Roma meinte sagen zu müssen, dass Roma nicht „zu unserer Lebensweise passen“. „Diese stereotype Zuschreibung von Vorstellungen auf alle Angehörigen der Gruppe der Roma und die Stigmatisierung der Roma ist selbst rassistisch und bedient die in der Gesellschaft manifestierten Sinti und Roma diskriminierenden Einstellungen“, hatten Sabine Berninger (LINKE) und Astrid Rothe-Beinlich (B90/Grüne) erklärt. ■